

Beschlüsse der deutschen Arbeiterpartei.

Hauptversammlung des Reichsvereins.

Am Sonntag fand im Sitzungssaale der deutschen Arbeiterpartei in Wien die Hauptversammlung des Reichsvereins der deutschen Arbeiterpartei Oesterreichs, des Hauptverbandes der Partei unter dem Vorhise des Obmannstellvertreters Adalbert Mauller statt. Nach einem Bericht des Vorsitzenden über die Tätigkeit der deutschen Arbeiterpartei in der Kriegszeit, erstattete der Zahlmeister Burschowsky den Kassenbericht.

Die Neuwahlen hatten folgendes Ergebnis: Obmann: Adalbert Mauller, Bahnbeamter, Wien; Stellvertreter: Walter Gattermayer, Schriftsteller, Wien; Schriftführer: Florian Tröhmüller, Werkmann, Wien, Vorsitzender des Reichsbundes deutscher Eisenbahner Oesterreichs; Stellvertreter: Karl Löwe, Korrespondent, Jägerndorf, Schlesien; Zahlmeister: Karl Schulz, Postamtsdiener, Obmannstellvertreter des Reichsbundes deutscher Postler Oesterreichs, Wien; Stellvertreter: Josef Galle, Magazinsmeister, Schreckenstein, Böhmen; Mitglieder: Ferdinand Burschowsky, Buchdruckereibesitzer, Hohenstadt, Böhmen; Franz Oppenauer, Zugsbrevisor, Meran, Tirol; Ingenieur Rudolf Jung, Landtagsabgeordneter, Zglau, Mähren.

Der derzeit geschäftsführende Obmann der Partei Walter Gattermayer erstattete hierauf einen Bericht über die Volksernährung und legte der Versammlung folgende Entschliessung, die einstimmig angenommen wurde, vor: „Die Versammlung gibt ihrer unerschütterlichen Zuversicht Ausdruck, daß durch zielbewusste Tätigkeit der verantwortlichen Stellen des Staates, der Länder und Gemeinden das Durchhalten und notwendige Bedarfsgegenständen bis zur siegreichen Beendigung des Krieges möglich ist. Sie kann aber in dem nunmehr zu errichtenden österreichischen Ernährungsamte die Gewähr für die notwendige Raschheit und Zielsicherheit der Regierungsmaßnahmen so lange nicht erblicken, als dieses Amt nach dem Muster Ungarns nicht in ein Ernährungsministerium umgewandelt wird, das — von den übrigen Ministerien vollständig unabhängig — in stände ist, die bei der Lösung ernährungspolitischer Fragen sich immer ergebenden Kompetenzschwierigkeiten zu beheben. Sie verlangt, daß an die Spitze des so ausgestalteten Ernährungsamtes ein Direktor gestellt wird, dem die weitgehendsten Befugnisse erteilt werden und der die Erfahrungen des Kriegsernährungswesens in seinen Maßnahmen zu verwerten hätte. Die Versammlung sieht zunächst in der unerwarteten Haltung Ungarns gegenüber der Gestaltung des österreichischen Lebensmittelmarktes eine der Hauptursachen der Schwierigkeiten unserer Volksernährung und muß neuerdings feststellen, daß in dem Mangel eines gemeinsamen Versorgungsgebietes eine der Hauptursachen der unzulänglichen Wirkung der von der österreichischen Regierung getroffenen Maßnahmen zu sehen ist. Sie stellt aber ferner fest, daß eine weitere Ursache der unzulänglichen staatlichen Lebensmittelpolitik in dem Mangel einer Fühlungnahme mit der verbrauchenden Bevölkerung zu suchen ist. So wurden zum Beispiel in die Zentralkommission für den Viehverkehr bloß drei Vertreter der Verbraucher berufen. Sie verlangt deshalb eine gleichmäßige Vertretung der Verbraucher und Erzeuger in allen Approvisionierungsstellen.

Ebenso sieht die Hauptversammlung in dem Nebeneinanderarbeiten der staatsbehördlichen und landesbehördlichen Kräfte eine große Gefahr, die hauptsächlich bei der Regelung der Preisfrage zum Ausdruck kommt. Sie verweist darauf, daß die wirtschaftliche Abgrenzung bestimmter Gebiete keineswegs mit den Kronlandsgrenzen zusammenfallen darf und daß die den Kronlandskompetenzen immer wieder überlassene Regelung der Höchstpreise zu Preissteigerungen und zu Ausfuhrverboten führt, welche nur geeignet sind, Unbeweglichkeit herzustellen und Lebensmittelmangel künstlich herbeizuführen. Die Hauptversammlung verlangt aber auch von dem Ernährungsamte ein tatkräftiges Eingreifen gegenüber dem volksfeindlichen und staatsgefährlichen Lebensmittelwucher in jeder Form, weil er der ehrlich arbeitenden Bevölkerung das Durchhalten immer mehr und mehr erschwert. Sie fordert eine Verbilligung der Regiekosten der einzelnen Zentralen, da die dort nachweisbar ausbezahlten hohen Gehälter nur geeignet sind, Verteuerungen des Betriebes herbeizuführen, was in den festgesetzten Höchstpreisen sichtbar Ausdruck findet. Die Versammlung richtet an die Regierung die Aufforderung, das Ernährungsamt in dem in vorliegender Entschliessung gewünschten Maße auszugestalten, ihm jene Vollmachten zu geben, die es ihm ermöglichen, eine wirklich im Interesse der Gesamtbevölkerung liegende Ernährungspolitik rasch durchzuführen.

Abg. Knirsch berichtete sodann über die Lage der Lehrerschaft in Böhmen sowie über eine Vorprache beim Ministerpräsidenten in dieser Angelegenheit und Verpflegungsfragen, worauf folgende Entschliessung angenommen wurde: Die Versammlung erkennt die der staatlichen Beamten- und Arbeiterchaft zuerkannte Teuerungszulage sowie die Geldaushilfen für die pensionierten Staatsbeamten und provisionierten Staatsarbeiter als vollständig unzulänglich. Sie schließt sich den der Regierung bereits überreichten Forderungen der böhmischen Beamtenverbände und Gewerkschaften vollinhaltlich an. Sie verlangt aber auch, daß der Bedeutung der Lehrerschaft als Erzieher des Volkes voll Rechnung getragen und daher verhindert wird, daß sie noch mehr ins Proletariat hinabsinkt, als es ohnehin schon der Fall ist. Die Regierung möge deshalb ihren Einfluß auf alle autonomen Verwaltungskörper in dem Sinne ausüben, daß der Lehrerschaft eine Teuerungszulage in dem gleichen Verhältnis zum Gehalt wie der Staatsbeamtenchaft ausbezahlt wird.

Nach einem Bericht des Obmannes Mauller über die Sozialversicherung wurde in einer Entschliessung die rascheste Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes im Sinne des Beschlusses der letzten Tagung der deutsch geleiteten Krankenkassen Oesterreichs, sowie die Einführung der Alters- und Invalidenversorgung noch während des Krieges in dem Maße, daß sie durch die Wirkungen und Erscheinungen des Krieges hervorgerufenen Mißstände auszugleichen imstande ist, gefordert.

Eine weitere Entschliessung verlangt von der Regierung die rascheste Regelung der vollständig unzulänglichen Versorgung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, gleichzeitig die endliche Erlassung eines Kriegerheimstättengesetzes, endlich eine Anpassung der gesetzlichen Unterhaltsbeiträge an die herrschende Teuerung.

Ueber Antrag des Reichsparteileitungsmit-

gliedes Dr. N i e h l wurde in einer Entschliessung erklärt, die staatliche Fürsorge hat die Pflicht, durch finanzielle Maßnahmen die Eheschließungen zu fördern und das Fortkommen kinderreicher Familien zu ermöglichen. Nachdem seitens der Versammlung noch beschlossen worden war, vorsehende Entschliessungen dem Ministerpräsidenten, dem Minister des Innern, dem Finanzminister, dem Ackerbauminister und dem Arbeitsministerium zu übermitteln, forderte der Obmann Mauller in seinem Schlussworte die Anwesenden auf, die Grundsätze der Partei immer mehr und mehr in die Bevölkerung hineinzutragen und treu zur Fahne zu halten und schloß die Hauptversammlung mit einem Heil auf die in Rebellionentreue verbundenen Staaten und auf die staatsbewusste, nationale Arbeiterchaft Oesterreichs.